



Vortrag von Prof. Dr. Thomas Straubhaar **Integration durch Bildung und Arbeit**

10.10.2008, Berlin

Historisch betrachtet war Integration durch Bildung und Arbeit einer quantitativ kleinen Elite vorbehalten. Für die Masse der Menschen war höhere Bildung ein nicht zu erfüllender Traum. Sie mussten draußen bleiben. Die Folge war eine zweigeteilte Gesellschaft. Wenige besser Gebildete formten die Oberschicht. Für die vielen wenig bis kaum Gebildeten gab es nur vereinzelt Möglichkeiten, aus der Bauer-, Arbeiter- oder Handwerkerschicht aufzusteigen. Meist wurden Bildungs- und damit Erwerbsbiographien mehr oder weniger unverändert von einer Generation zur nächsten vererbt. Diese Schieflage ist nicht nur aus sozialen Erwägungen abzulehnen. Auch aus einer ökonomischen Perspektive ist eine bessere Integration durch Bildung und Arbeit eine unverzichtbare Voraussetzung für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft im Zeitalter eines raschen Strukturwandels, eines globalen Wettbewerbs und einer demographischen Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung.

Die Diskussion der 60er Jahre über „Bildung für alle“ wollte über bessere Bildungschancen eine bessere „Integration für alle“ ermöglichen. Sie hat richtigerweise versucht, mehr Kinder aus sozial benachteiligten oder bildungsfernen Familien oder mit einem Migrationshintergrund den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen. Richtigerweise deshalb, weil „mehr Bildung für alle“ sowohl mikro- wie auch makroökonomisch ein sinnvolles Ziel ist.

Mikroökonomisch ist Bildung eine zentrale Komponente für beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg. Sie ist in der Regel der Schlüssel, um in der Einkommenspyramide auf eine höhere Ebene zu gelangen. Ein freier Bildungszugang, unbeschrieben der finanziellen Erstausrüstung, eröffnet Chancen zum sozialen Aufstieg und ermöglicht so, einen Teufelskreis der intergenerativen Armuts- und Klassenbildung zu durchbrechen. Ungelernte tragen nämlich die weitaus höchsten Risiken der Arbeitslosigkeit – ein Risiko, das eben gerade bei bildungsfernen Familien oder bei Familien mit Migrationshintergrund an die Kinder vererbt wird. Ebenso besteht ein enger Zusammenhang zwischen Ausbildung, Position in der Beschäftigungshierarchie und Einkommenshöhe. Bildung ist zudem die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Wer besser gebildet ist, ist seltener arbeitslos.

Es gibt ebenso gute makroökonomische Gründe für das Konzept „Bildung für alle“. Was für Einzelne gut ist, ist auch für die Gesellschaft insgesamt positiv. Individuelle Bildungsanstrengungen erzeugen externe Effekte, die auf eine Volkswirtschaft überschwappen und zu mehr Wachstum führen. Bildung verursacht sogenannte *spillovers*. Die Nutzung von



Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten

in Zusammenarbeit mit der BertelsmannStiftung

Wissen und Können erfolgt in aller Regel ohne Rivalität. Das heißt, vom Erfahrungsschatz Einzelner können andere profitieren, ohne dass diejenigen, die etwas wissen oder können, eine negative Rückwirkung erfahren müssen. Das ist das berühmte Blaupausen-Phänomen. Wenn ein Plan gezeichnet ist, kann er im Prinzip tausendfach vervielfältigt werden, und die Qualität des Plans wird deswegen nicht schlechter. Dies beinhaltet all das, was früher oder später auch über das eigene Private hinausgeht, was schnelleres Wachstum verursacht und den Strukturwandel beschleunigt.

"Bildung für alle" als Voraussetzung für eine bessere Integration zunächst in den Arbeitsmarkt und damit auch in die Gesellschaft ist eine fundamentale sozioökonomische Forderung. In einer freiheitlich geordneten Gesellschaft muss es allen begabten und leistungswilligen Mitgliedern möglich sein, gewünschte Bildungsgänge zu besuchen. Weder dürfen soziale Herkunft, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch fehlende finanzielle Eigenmittel Hemmnisse sein, sich Wissen, Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Diese Voraussetzung ist nicht nur eine ökonomische Bedingung, um die Wohlfahrt einer Gesellschaft bestmöglich zu fördern. Sie ist auch ein gesellschaftspolitisches Postulat, auf das nicht verzichtet werden soll und nicht verzichtet werden darf. Oder, wie es der Nobelpreisträger Milton Friedman schon 1962 formuliert hat: "A stable and democratic society is impossible without a minimum degree of literacy and knowledge on the part of most citizens and without widespread acceptance of some widespread set of values. Education can contribute to both."

Integration für alle

Heute gilt es, das Prinzip der „Bildung für alle“ zu einem Konzept der „Integration für alle“ zu erweitern. Mit Blick auf die kommenden Herausforderungen, die sich mit den Stichworten Strukturwandel, Globalisierung, demographische Schrumpfung und Alterung beschreiben lassen, gilt es mehr denn je, vorhandene Potenziale besser auszuschöpfen, und vor allem auch, die Chancen der Vielfalt für mehr Innovationen und damit bessere Beschäftigungs- und Wachstumschancen zu nutzen. Bei einer modernen Integrationspolitik geht es längstens nicht mehr darum, durch ein moralisch gutmenschliches Verhalten den Betroffenen einen Gefallen zu tun. Bei der Forderung nach einer guten Integrationspolitik geht es um handfeste gesamtwirtschaftliche Interessen. Nicht nur, dass ein Einbezug und eine Teilhabe bis anhin nicht voll integrierter Gruppen billiger ist als ein Ausschluss und eine intergenerative Verfestigung schichtenspezifischer Nachteile. Nicht nur, dass die Kosten der Prävention geringer sind als die Kosten einer nachträglichen Therapie. Bei einer guten Integrationspolitik geht es um eine gute Wirtschaftspolitik. Integrationspolitik wird Wirtschaftspolitik. Denn angesichts der ökonomischen, gesellschaftlichen und demographischen Entwicklungen kann es sich Deutschland nicht leisten, motivierte, leistungsbereite und erwerbsfähige Menschen nicht in den Erwerbsprozess und die Arbeitswelt zu integrieren.



Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten

in Zusammenarbeit mit der BertelsmannStiftung

Es gibt in Deutschland ein Reservoir der „stillen Reserven“. Damit sind Menschen gemeint, die gerne arbeiten würden, aber nicht arbeiten können. Dazu gehören insbesondere Frauen und Ältere sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Vor allem zählen dazu ältere Frauen und ganz besonders (ältere) Frauen mit Migrationshintergrund. Zwar ist mit dem strukturellen Wandel vom Industrie- zum Dienstleistungssektor die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland stetig gewachsen. Sie ist jedoch weiterhin deutlich geringer als bei den Männern. Die Erwerbsquote der Frauen lag 2005 in der Gruppe der 15- bis unter 65-Jährigen bei 66,8 Prozent, bei den Männern dazu im Vergleich bei 80,4 Prozent. Auch ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei den Frauen wesentlich geringer als bei den Männern, da Frauen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Während 2004 nur 6,3 Prozent der erwerbstätigen Männer eine Teilzeitarbeit hatten, lag der Anteil bei den Frauen bei 37 Prozent. Nach internationalen Maßstäben liegt die Erwerbstätigkeit von Frauen damit weit zurück. Die skandinavischen Länder sind hier führend.

In Übereinstimmung mit den traditionellen Mustern der Rollenverteilung der Geschlechter reduzieren vor allem Frauen ihren Beschäftigungsgrad bei der Geburt eines Kindes. Die unterschiedlichen Erwerbsquoten sind im Alter von 20 bis 45 und damit in der Familienphase besonders stark ausgeprägt. Bei den Männern ist in Deutschland noch keine entsprechende Verhaltensänderung zu beobachten, wie dies zum Beispiel in Skandinavien der Fall war. Längerfristig wird es sich auf jeden Fall lohnen, die sozioökonomischen Voraussetzungen zu verbessern, damit Frauen verstärkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

An einem Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen sollte auch deshalb kein Weg vorbeiführen, weil von der Bildungsexpansion der letzten Dekaden vor allem die Frauen profitiert haben. Keine frühere Frauengeneration war auch nur annähernd so gut ausgebildet wie die heutige Generation. In den letzten 30 Jahren haben sich die Frauen bei der beruflichen Qualifikation immer weiter an die Werte der Männer angepasst. Der Anteil der Frauen mit Berufsabschluss ist von ca. 40 Prozent auf annähernd 60 Prozent gestiegen, der mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss ist von nahezu null auf über zehn Prozent gestiegen. Lediglich 30 Prozent der Frauen verfügen über keinen Berufsabschluss. Das sind lediglich etwa halb so viele wie noch vor 30 Jahren. Bei den Schulabschlüssen haben die Frauen die Männer mittlerweile bereits überholt und stellen in den Realschulen und Gymnasien deutlich die Mehrheit. Frauen werden in Zukunft daher wahrscheinlich im Durchschnitt besser ausgebildet sein als Männer. Damit wird ein Verzicht auf eine spätere Nutzung des erworbenen Humankapitals nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt immer kostspieliger.

Eine andere „stille Reserve“ liegt bei den älter werdenden Deutschen. Zwar konnte der lange Zeit gültige Trend zum Vorruhestand und zur Altersteilzeit im letzten Konjunkturaufschwung und mit den Maßnahmen der Agenda 2010 umgedreht werden. In den letzten Jahren ist die



Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten

in Zusammenarbeit mit der BertelsmannStiftung

Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte in Deutschland erfreulicherweise wieder gestiegen. Trotzdem bleibt es dabei, dass es weiterhin gilt, ältere Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren – auch um sicherzustellen, dass nicht ein Konjunkturabschwung vor allem ältere Erwerbstätige freisetzt.

Es kommt darauf an, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu ermöglichen, ihre sozialen Kompetenzen sowie ihre Berufs- und Lebenserfahrung einzubringen. Dazu gehören zum Beispiel Stellen mit kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten, die Teilzeitarbeit, Jobsharing und andere Formen der individuellen Arbeitszeitregelung ermöglichen. Dazu gehört aber auch eine altersspezifische Weiterbildung, die zu einer erhöhten Produktivität und verbesserten Mobilität älterer Arbeitskräfte beiträgt. Oft fehlt es indes an Eigeninitiative. Die Nachfrage nach Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen ist bei älteren Erwerbstätigen besonders niedrig ausgeprägt.

Entgegen landläufigen Vorurteilen ist es nicht zwingend, dass der rasche technologische Fortschritt das herkömmliche Wissen und Können der über 50-Jährigen besonders schnell entwertet. Gerade der Strukturwandel vom Industrie- zum Dienstleistungszeitalter bietet älteren Menschen besonders gute Möglichkeiten, sich in die Arbeitswelt einzubringen. In Zukunft werden soziale Kompetenzen, Kommunikations- und Teamfähigkeiten, Erfahrung und Geduld, Kreativität und Neugier immer wichtiger werden. Dies sind Faktoren, die in der Regel mit zunehmendem Alter nicht schlechter werden müssen.

Schließlich zeigen sich „stille Reserven“ bei den Menschen mit Migrationshintergrund. So bleiben im Ausland Geborene in wesentlich höherem Maße arbeitslos als in Deutschland Geborene. Für gering Qualifizierte liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 15,6 Prozent, wenn sie hier, und bei 20,3 Prozent, wenn sie andernorts geboren wurden, bei mittel Qualifizierten liegt die Differenz bei 10,4 Prozent zu 14,7 Prozent, und bei hoch Qualifizierten steigt sie auf 4,4 Prozent zu 12,5 Prozent (OECD 2007). Also gerade das Können und Wissen gut qualifizierter Ausländer bleibt in Deutschland in besonderem Maße ungenutzt.

Bei den in Deutschland geborenen und/oder schon lange lebenden Ausländern der zweiten oder dritten Generation zeigt sich das deutsche Integrationsproblem besonders dramatisch. Erst die negativen Ergebnisse der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) haben die Schwierigkeiten von Schülern mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem offengelegt (vgl. OECD 2006). Obwohl in Deutschland sehr viel öffentliches Geld ausgegeben wird, um ausländische Kinder besser in das deutsche Schulsystem zu integrieren, ist das Ziel der Chancengleichheit für Jugendliche mit Migrationshintergrund bis heute bei Weitem verfehlt worden. Das ist aus zwei Gründen eine Fehlentwicklung, die zu korrigieren wäre.



Erstens sind die ausländischen Kinder vielfach hoch motiviert. Sie scheitern jedoch oft nicht intellektueller, sondern sprachlicher Defizite wegen. Es ist unbestritten, dass bei ausländischen Kindern die Förderung des Deutschen als Zweitsprache umso erfolgreicher ist, je früher mit der Sprachförderung begonnen wird. Somit kommt Kindergärten und Vorschulen eine wichtige Rolle zu, die „Sprachlosigkeit“ nichtdeutschsprachiger Kinder frühzeitig zu beheben. „Mehrsprachigkeit sollte ein bewusster Bestandteil des Kindergartenalltags werden. Hierzu ist eine entsprechende Ausbildung der Erzieherinnen notwendig. Aufgebaut werden kann dabei auf bereits vorhandenen Kompetenzen von Erzieherinnen mit Migrationshintergrund, die in größerer Zahl eingestellt werden sollten“, so hat es der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration in seinem Jahresgutachten 2004 zu Recht gefordert. Würden Jugendliche mit Migrationshintergrund besser integriert, wäre „automatisch“ das in Deutschland verfügbare Humankapital größer. Dieser Zugewinn ist gerade mit Blick auf die demographische Alterung unverzichtbar. Oder anders formuliert: Es ist in jeder Beziehung eine kostengünstigere und damit effizientere Strategie, die bereits in Deutschland lebenden Ausländer der zweiten und dritten Generation besser in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt zu integrieren, als Probleme der demographischen Alterung durch Zuwanderung „neuer“ Ausländer beheben zu wollen.

Zweitens wirkt sich eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund später positiv für die öffentlichen Haushalte aus. Besser integrierte Ausländer werden eher eine Beschäftigung finden. Somit werden sie Steuern und Abgaben entrichten. Schlechter integrierte Ausländer werden die Staatshaushalte in mehrfacher Form belasten. Einfacher ausgedrückt: Es ist kostengünstiger, in jungen Jahren Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern, anstatt in späteren Jahren die Folgen einer misslungenen Integration finanzieren zu müssen.

Es gibt viel und immer mehr zu integrieren in Deutschland. Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund weisen teilweise dramatisch geringere Erwerbsquoten aus – selbst bei gleichen Qualifikationen und fachlichen Voraussetzungen – als die autochthone, männliche Referenzgruppe. Besonders dramatisch sind die Differenzen, wenn sich verschiedene negativ belastete Charakteristika überlappen.

Fazit

Zu lange galt Integrationspolitik als Teil der Sozialpolitik. Sie wurde einmal als Frauen- oder Kinderpolitik, ein anderes Mal als Renten- oder als Zuwanderungspolitik, aber meistens als Politik der milden Gaben behandelt. Das hat sich schon geändert und muss sich weiter ändern. Integrationspolitik ist als wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik zu verstehen. Eine erhöhte Erwerbsquote von Frauen, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend ihrer Qualifikationen ist für die Zukunft der internationalen Wettbewerbsfähigkeit



Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten

in Zusammenarbeit mit der BertelsmannStiftung

Deutschlands sowohl aus mikro- wie auch makroökonomischer Sicht von strategischer Bedeutung. Es geht längst nicht mehr nur darum, den betroffenen Menschen „etwas Gutes“ tun zu wollen. Vielmehr geht es um eine gute Ausschöpfung vorhandener Potenziale. Denn mit Blick auf die demographische Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung zeichnete sich schon lange ein Fachkräftemangel in Deutschland ab. Der erfreuliche Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre hat nun noch früher dafür gesorgt, dass Betriebe jetzt schon händeringend nach gut qualifiziertem Personal suchen. Daran wird auch der absehbare Konjunkturabschwung wenig ändern. Es geht hier um eine langfristige strukturelle und nicht um eine kurzfristige konjunkturelle Herausforderung. Bis heute ökonomisch schlecht integrierte Gruppen sind eine bei Weitem nicht ausgeschöpfte Quelle, aus der sich ohne viel Aufwand die in der langen Frist so dringend benötigten Fachkräfte gewinnen ließen.

Aber nicht nur die Betriebe, sondern die Volkswirtschaft insgesamt profitiert, wenn Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund einer ihren Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechenden Berufstätigkeit nachgehen. Eine bessere Integration Einzelner lohnt sich für alle. Die durchschnittliche Produktivität steigt, die Steuereinnahmen nehmen zu und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich. Mehr als genug gute Gründe, um Integrationspolitik auf der wirtschaftspolitischen Agenda ganz nach oben zu bringen.

Integration durch Bildung und Arbeit ist eine heroische Aufgabe. Sie gut zu lösen ist eine Schicksalsfrage für Deutschland. Ein gutes Bildungssystem und eine erfolgreiche Integration aller in den Erwerbsprozess mögen teuer sein. Langfristig wird es aber nur eine Sache geben, die noch teurer ist als eine erfolgreiche Integration, nämlich eine misslungene Integration!